

পূন্যিয়ার মতদুর, একত্ব ২৩!
ETERNAL HONOR AND GLORY TO CHAIRMAN GONZALO!
বিশ্ব সর্বস্বিকার মহত্তম সন্তান চেয়ারম্যান গনজালোর প্রতি গৌরবময় চিরস্মরণ শ্রদ্ধা!

ROTE POST

Nr.44

September 2021

INTERNATIONAL

6 ECUADOR: „SCHICKT SIE ZUR HÖLLE!“

BRD

8 DIE AUSBEUTUNG VON LIEFERARBEITERN

FRAUEN

10 BESATZUNG FÜR DIE FRAUENRECHTE?

BERLIN

12 KEINE EHRUNG FÜR BESATZER

HAMBURG

14 IDA-EHRE-SCHULE WEHRT SICH GEGEN POLIZISTEN

BREMEN

16 KURZARBEIT BEI DAIMLER NIMMT KEIN ENDE

NORDRHEIN-WESTFALEN

18 DER PERSONALMANGEL IN KITAS UND SEINE FOLGEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

20 REPRESSION GEGEN KÄMPFERISCHE JUGENDLICHE

KULTUR

22 „KINDER-INFLUENCER“

INHALT

4 BILD DES MONATS

**INTERNATIONALE DEMONSTRATION ZU
EHREN DES VORSITZENDEN GONZALO IN
HAMBURG**

6 INTERNATIONAL

**BERGBAUNTERNEHMEN IN ECUADOR?
„SCHICKT SIE ZUR HÖLLE!“**

8 BRD

DIE AUSBEUTUNG VON LIEFERARBEITERN

10 FRAUEN

BESATZUNG FÜR DIE FRAUENRECHTE?

12 BERLIN

KEINE EHRUNG FÜR BESATZER

14 HAMBURG

**IDA-EHRE-SCHULE WEHRT SICH
GEGEN POLIZISTEN**

16 BREMEN

**KURZARBEIT BEI DAIMLER NIMMT
KEIN ENDE**

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

**DER PERSONALMANGEL IN KITAS UND
SEINE FOLGEN**

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

**REPRESSION GEGEN KÄMPFERISCHE
JUGENDLICHE**

22 KULTUR

**LESERBRIEF: ELTERN „VERKAUFEN“ IHRE
KINDER IM INTERNET, DENN JEDER
GUCKT ZU – EINE STREITSCHRIFT**

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

am 11. September vollzog der alte peruanische Staat die Ermordung des Vorsitzenden Gonzalo, Führerschaft der Kommunistischen Partei Perus und größter Marxist-Leninist-Maoist dieser Epoche, nach 29-jähriger Isolationshaft. Bis zu seinem letzten Moment hat er die rote Fahne hochgehalten und den Plan der Reaktion vereitelt, ihn als Führerschaft der Partei und der Revolution zu vernichten und ihn als einen Kapitulant und Revisio-nisten darzustellen, und damit dem Volkskrieg in Peru, der 1980 unter seiner Führung eingeleitet wurde, einen endgültigen Schlag zu versetzen. Die Kommunisten auf der Welt zögerten keinen Moment, zu reagieren und vor aller Augen zu zeigen, dass der Vorsitzende Gonzalo inmitten des Klassenkampfes des Proletariats weiterlebt. Von Rio de Janeiro bis Mexiko-City, von Dhaka bis Hamburg wurden Aktionen durchgeführt, die unter Beweis stellten, dass das Werk des Vorsitzenden Gonzalo in den Köpfen der Kommunisten unauslöschbar weiterlebt.

Zu diesem Zeitpunkt sind bereits einige Schlüsse aus den Bundestagswahlen zu schließen: Rund 80 Prozent der Wahlberechtigten in der BRD lehnen, egal ob Scholz oder Laschet, den kommenden Kanzler ab; sie wählten einen anderen Kandidaten oder boykottierten die Wahl. Außerdem stieg die Wahlbeteiligung trotz der massiven Bemühung der Herrschenden zur „künstlichen Beatmung“ des Parlamentarismus um gerade einmal 0,4 Prozentpunkte auf 76,6 Prozent. Die zahlreichen Fernsehspots und Social-Media-Anzeigen mit Wahlpropaganda oder die nach 2017 neu aufgefahrene Kampagne der Opportunisten, doch zur Wahl zu gehen, einfach nur um „gegen die AfD zu wählen“, nach dem Motto „Jede Stimme gegen die AfD ist eine gute Stimme“, sind Teil dieser künstlichen Beatmung. Denken wir auch an die Massenbewegung „Fridays for Future“, die zuhauf junge Leute mobilisierte, für die „Grüne Partei“ an die Urne zu gehen, oder die Verbreitung der „bequemen“ Möglichkeit zur Briefwahl. Dazu kommen viele weitere Maßnahmen, und in Anbetracht dieses Aufwands, den die deutschen Imperialisten dieses Jahr betrieben haben, um sich Legitimation zu erkaufen, ist die im Vergleich zu 2017 fast gleich gebliebene Wahlbeteiligung ein Ausdruck der Ablehnung des Parlamentarismus von den Massen.

In dieser Ausgabe wird einmal mehr deutlich, dass die Herrschenden nicht mehr so weiterregieren können, wie sie es bis jetzt getan haben, und dass die Massen auf keinen Fall mehr so weiterleben wollen wie bisher. Es wird deutlich, unter was für elenden Bedingungen ein Teil der Arbeiterklasse in diesem Land leben muss; es wird deutlich, welche massive Repression der Staat gegen die Massen ausführt; es wird deutlich, wie sich die ökonomische Krise des Imperialismus entwickelt und welche Folgen sie noch für die Arbeiterklasse und die Völker der Welt haben wird. Nehmen wir die rote Fahne mit Hammer und Sichel, die uns der Vorsitzende Gonzalo aufgehoben hat, mit Stolz, Zuversicht und Siegeswillen innerhalb dieser weltweiten revolutionären Situation in ungleicher Entwicklung in die Hand und erfüllen die Aufgabe, die die Geschichte an uns stellt.

Eure RoPo-Redaktion



Am 18. September, genau eine Woche nach der Ermordung des Vorsitzenden Gonzalo, demonstrieren Kommunisten aus Deutschland, Österreich, der Türkei und den nordischen Ländern, und andere revolutionäre Kräfte zusammen auf den Straßen Hamburgs zu Ehren des Vorsitzenden Gonzalo und senden den Imperialisten und dem peruanischen Staat ein deutliches Zeichen: Schon bei seiner Verhaftung hatte er ihnen klargemacht, dass sie seinen Körper vernichten können, sein Denken aber unaufhaltbar in den Köpfen der anderen weiterleben wird. Die überaus kraftvolle Demonstration stellte unter Beweis, dass die Verbreitung des Gonzalodenkens, ebenso wie die Vereinigung der Kommunisten unter dem Maoismus, nicht mehr aufzuhalten ist, und brachte dies mit der immer wieder gerufenen Parole „Das Gonzalodenken lebt in uns!“ auf den Punkt. Auf dem fünf Meter hohen Bild steht im Spanischen die Parole „Ewiger Ruhm dem Vorsitzenden Gonzalo!“



ETERNA
IDENTE
O!



BERGBAUNTERNEHMEN IN ECUADOR? „SCHICKT SIE ZUR HÖLLE!“



Einwohner von Buenos Aires, Imbabura: „Kämpft und wehrt euch!“

Vor knapp 500 Jahren starteten spanische Kolonialherren unter der Führung von Francisco Pizarro einen Eroberungsfeldzug in Südamerika. Sie zerstörten damals das Reich der Inka im Westen des Kontinents und begannen, die Völker, die dort lebten, auszubeuten. Nach 300 Jahren ereigneten sich die Unabhängigkeitskriege in Lateinamerika, und vom „Vizekönigreich Peru“, das damals alle spanischen Kolonien des Kontinents umfasste, spaltete sich erstmals ein kleines Land ab, das von seinen Einwohnern Ecuador genannt wurde. Unabhängig blieb es keineswegs; Spanien, aber auch andere Kolonialmächte suchten und fanden weiterhin Wege, die Länder Lateinamerikas auszubeuten. Weil das Volk sich wehrte, fand ihre Herrschaft bis heute quasi keine Stabilität. Ein Beispiel ist der bedeutendste Staatspräsident in Ecuador des letzten Jahrhunderts, José María Velasco Ibarra, der fünf mal zwischen 1934 und 1972 das Amt besetzte und drei Mal durch einen Putsch gestürzt wurde.

Die imperialistische Macht, die das Land im Norden der Anden heute hauptsächlich ausbeutet, ist der USA-Imperialismus. Sie haben sich besonders das Erdölvorkommen in Ecuador zunutze gemacht und Ecuador in einen Lieferanten für Erdöl verwandelt. Die ausländischen Unternehmen etablierten die

Erdölindustrie, verdrängten die heimischen Betriebe und machten das Land so vom Erdölabbau unter ihrer Regie abhängig. Heute kommen 59% der Exporte Ecuadors aus dem Erdölsektor, davon gehen mehr als die Hälfte an die USA. Das skurrile ist, dass Ecuador trotz des großen Abbaus selbst Erdölprodukte als Treibstoffe wie Benzin oder Diesel importieren muss – an erster Stelle, welche Überraschung, aus den USA. Das aber aus dem einfachen Grund, dass die Imperialisten nicht zulassen, dass in Ecuador selbst Raffinerien gegründet werden, um die Wirtschaft weiter in Abhängigkeit zu halten. Denn ohne Raffinerien kann das Öl nicht weiterverarbeitet werden und ist damit fast nutzlos. Vom ausländischen Markt der Kraftstoffe abhängig, hob die Regierung Ecuadors im Herbst 2019 die Preise von Benzin und Diesel massiv an. Der Dieselpreis wurde mehr als verdoppelt. In der Folge gab es große Massenproteste in weiten Teilen des Landes, bei denen die Polizei und Armee zwölf Menschen töteten, über 1500 verwundeten und 750 inhaftierten.

Der Großteil der gut (offiziell) 17 Millionen Menschen, die in Ecuador leben, sind arme Bauern. Denn in Ecuador haben die Imperialisten, um das Land in Abhängigkeit zu halten, die veraltete Wirtschaft auf dem Land aufrecht erhalten, in der

der größte Teil des Volkes noch dazu gezwungen ist, als einzelner Bauer tätig zu sein. Seit 2019 hat sich die Lage im Land kaum beruhigt; der dieses Jahr gewählte neue Präsident Guillermo Lasso bekräftigte, die Kraftstoffpreise weiter schrittweise erhöhen zu lassen, während er die Erdölexporte verdoppeln will. Dazu sind die Bauern immer wieder in Gefahr, dass sie das Land, auf dem sie leben, nicht mehr bewirtschaften können. Der Grund dafür ist die Ansiedlung von Industrie, z.B. Bergbau in den Anden. Ein solches Bergbauunternehmen ist „Hanrine“, Tochterkonzern von „Hancock“ aus Australien. Dieses hat in der Gemeinde La Merced de Buenos Aires in der Provinz Imbabura eine Konzession, in dem Gebiet Rohstoffe abzubauen. Die Entwicklung der Bergbauindustrie dort ist verbunden mit der Verdrängung und Vertreibung der armen Bauern, deren Land durch den Betrieb der Mine beschädigt und unnutzbar gemacht wird. Deshalb haben sich die armen Bauern von Buenos Aires zusammengeschlossen und Buenos Aires zur bergbaufreien Zone erklärt. Ein Gebiet, in dem die ausländischen Konzerne vom Volk gehindert werden, ihre Arbeit fortzusetzen. Sie sind dabei jederzeit darauf vorbereitet, Angriffe auf die bergbaufreie Zone abzuwehren.

Da sie sich auf dem Land befinden, welches die Firma Hanrine gepachtet hat, war es von Anfang an eine Frage der Zeit, dass das Bergbauunternehmen gewaltsame Schritte einleiten würde, um den Widerstand der armen Bauern zu brechen. Im Frühling diesen Jahres, kurz nachdem Gabriela Jaramillo, Gouverneurin von Imbabura, den armen Bauern den Krieg erklärt hatte, fing das Militär verstärkt an, die Gemeinde abzuriegeln, bewaffnet zu patrouillieren und sie mit Hubschraubern zu umkreisen. Wenig später startete Hanrine mit Unterstützung der Polizei eine Offensive gegen die Bauern von Buenos Aires. Sie bezahlten Söldner, Arbeiter und Unterstützer, um die Straße von San Geronimo zu blockieren – was die Polizei als eine „friedliche Demonstration von Bergbauarbeitern“ darstellte. Während sie Arbeiter dafür bestachen, an einer „Demonstration“ teilzunehmen, die tatsächlich eine Blockade für die Einwohner der Gemeinde war, war es den Bauern nicht einmal erlaubt, zu demonstrieren oder öffentliche politische Arbeit zu machen. Anschließend weiteten Hunderte von Polizisten und Soldaten mit aus der Umgebung rekrutierten Auftragskillern die Schikane gegen die Anwohner aus. Die Intervention diente auch dazu, die Arbeiter

und Bauern durch die Teilnahme der Bergbauarbeiter an der Blockade zu spalten. Der dort teilnehmende Teil war allerdings sehr gering, und während Hanrine versuchte, sich Kräfte aus dem Volk zu erkaufen, besuchten Arbeiter aus Imbabura die Gemeinde, um ihre Solidarität zu erklären, und führten unter anderem eine Plakatierkampagne für die Bauern von Buenos Aires durch.

Trotz der Repression gaben die Bauern ihr Gebiet nicht auf, stellten den Widerstand nicht ein. In der Folge kam es Anfang August zu einem zweiten Angriff des Staates auf Buenos Aires. In den frühen Morgenstunden fielen über 500 Polizisten in die Gemeinde ein, während eine Gruppe von Soldaten sich direkt zum Gebiet begab, das die Konzession von Hanrine umfasst. Trotz der scheinbaren „Übermacht“ ließ die entschiedene Antwort der Bauern nicht lange auf sich warten. Die *Front zur Verteidigung der Kämpfe des Volkes von Ecuador* (FDLP-EC) appellierte an alle Einwohner von Buenos Aires:

„Militär, Polizei, Behörden des alten Staates und das Bergbauunternehmen Hanrine sind Eindringlinge in La Merced de Buenos Aires, für sie alle gibt es KEIN WASSER! Sie sind die Feinde der armen Bauern, der einfachen Leute, des Bodens, des Wassers und des Lebens. Wenn sie sich eurer Hütte oder eurem Haus nähern, verweigert ihnen jegliche Unterstützung! Wenn sie hungrig sind, verweigert ihnen eine Brotkruste; wenn sie durstig sind, verweigert ihnen ein Glas Wasser; wenn sie eure Mitarbeit wollen, schickt sie zur Hölle! Zeigt ihnen eure Verachtung und euren tiefen Klassenhass!“

Auch an anderen Orten wie Cuenca del Río Mira haben revolutionäre Bauern ihr Gebiet zur Bergbaufreien Zone erklärt. Sie alle beschreiben den Kampf gegen den großen Bergbau als Teil des Kampfs der Bauern um Land und heben dabei hervor, dass dieser Kampf der aktuell wichtigste im Land ist. Je mehr die Gebiete, die die Bauern sich nehmen, angegriffen werden, desto mehr werden sie zu den Waffen greifen. Die Bauern erobern nach und nach das Land, und verteilen es entsprechend der Losung „Jedem Pflüger sein Feld“ um. Das ist die Grundlage für die neudemokratische Revolution, die Ecuador vom Imperialismus, hauptsächlich den USA, bürokratischen Kapitalismus und Feudalismus befreien wird. •

DIE AUSBEUTUNG VON LIEFERARBEITERN



Schuften bei Wind und Wetter: Fahrradkurier für Lebensmittelzulieferer

Heutzutage ist es völlig normal geworden, sich alles im Internet bestellen und bis an die Wohnungstür liefern lassen zu können. Ob Kleidung, technische Geräte, Möbel, sein Abendessen, einen Kasten Bier oder auch seinen gesamten Wocheneinkauf – mittlerweile gibt es Unternehmen, die all diese Sparten bedienen und dort liefern. Das wird aber nur möglich gemacht durch die extreme Ausbeutung der entstandenen Masse an Lieferarbeitern, die Tag für Tag unter schlechten Bedingungen für wenig Geld die Ware an ihr Ziel bringen.

DER AUSNAHMEZUSTAND – TRIEBKRAFT FÜR LIEFERANDO UND CO.

Mit Verhängen des Ausnahmezustandes Ende März 2020 und dem damit verbundenen „Lockdown“ ist das Geschäft der Lieferdienste wie Lieferando, aber auch der Online-Kaufhäuser und Paketzusteller wie Amazon und DHL regelrecht explodiert. Nicht durch Zufall wurde Jeff Bezos, Chef von Amazon, im Jahr 2020 zum reichsten Menschen der Welt. Größter Profiteur hier in der BRD ist Lieferando. Das Unternehmen wurde 2009 in Berlin gegründet und ist seitdem mächtig expandiert. 2014 wurde es von der niederländischen „Just Eat Takeaway“ übernommen, welche mittlerweile in großen Teilen Europas Hegemon in ihrer Branche ist. Auch andere große Lieferdienste wurden nach und nach

aufgekauft, sodass „Takeaway“ als einzig nennenswertes Unternehmen in seinem Zweig blieb und sich so zum Monopol entwickelte. Mit dem Ausnahmezustand und der Schließung von Restaurants und Imbissen wurde das Bestellen von Essen noch weiter normalisiert und die Restaurants in Deutschland waren ökonomisch dazu gezwungen, sich Lieferando zu unterwerfen, um zumindest einen Teil der Einnahmen durch Essenslieferungen aufrechterhalten zu können. Dabei greift Lieferando ganze 30 Prozent des Preises pro Lieferung bei den Restaurants ab, für die das Unternehmen ausliefert. Besonders durch den „Lockdown“ und den damit verbundenen Anstieg an Essenslieferungen schoss auch die Zahl an Arbeitern in Lieferdienstleistungsjobs rasant in die Höhe.

Lieferando ist aber nicht der Einzige, der in diese Richtung geht. Flaschenpost im Westen der BRD und Durst Express im Osten oder Gorillas in einigen Großstädten sind weitere Lieferdienste. Flaschenpost und Durst Express liefern Getränke kistenweise, und Gorillas liefern einem einen ganzen Einkauf bis an die Wohnungstür. Alle haben gemeinsam, dass sie Betriebe sind, die ihre Arbeiter aufs äußerste ausbeuten. Nachdem der Kunde online bestellt hat, was er haben möchte, wird die Bestellung registriert und ein Fahrer (bei Lieferando und Gorillas sind die Fahrer mit dem Fahrrad unterwegs, bei Flaschenpost und Durst Express mit einem Kleintransporter) mit dem Beladen beauftragt und dann – oft GPS-überwacht –

losgeschickt. Dabei ist die Zeit, innerhalb der man es zu schaffen hat, abzuliefern, sehr begrenzt. So verspricht Flaschenpost zum Beispiel, innerhalb von zwei Stunden zu liefern, egal wie viele Getränkekisten man bestellt, und Gorillas versprechen sogar, innerhalb von zehn Minuten vor der Tür zu stehen. Diejenigen, auf denen diese Zeiten lasten, sind natürlich die Arbeiter. Immer wieder berichten Arbeiter der Lieferdienste davon, dass die vorgegebenen Zeiten unmöglich zu schaffen sind. Dazu kommen Berichte davon, dass Lohn häufig nicht ausgezahlt wird, Trinkgelder eingesackt werden, und etliche Überstunden anfallen, die im firmeneigenen System nicht einmal registriert werden können und bei der Entlohnung ebenfalls gern unter den Tisch fallen lassen werden. Dieses Jahr führte das zu den wilden Streiks (nicht von Gewerkschaften organisiert) der Beschäftigten bei Gorillas in Berlin.

AUSBEUTUNG DER PAKETBOTEN

DHL, UPS, Hermes, Amazon Prime usw. sind schon länger im Geschäft, bekamen aber ebenfalls mit Beginn des Ausnahmezustands und den damit begründeten Geschäftsschließungen einen mächtigen Aufschwung. Auch hier ist eines der hauptsächlichen Probleme die Zeit, die man für die Auslieferung seiner Pakete hat. Folgen sind Überstunden, denn der allgemeine Grundsatz ist, dass so lange gearbeitet wird, bis der Transporter leer ist. Unternehmen wie DHL beschäftigen für ihre Lieferungen aber gerne auch Fremdfirmen. Und nicht selten beschäftigen diese Fremdfirmen wieder Fremdfirmen, und so weiter bis zum einzelnen Arbeiter, der oft dazu gezwungen ist, als „Selbstständiger“ ein Gewerbe anzumelden, damit die Ausbeuter noch mehr die Regeln des Arbeitsrechts ignorieren können und er ja „selber für sich verantwortlich ist“. Die Fremdfirmen, die die großen Unternehmen wie DHL beauftragen, und deren beauftragtes Subunternehmen usw. lassen dann meist Arbeiter aus Osteuropa, die mit Hoffnung auf bessere Arbeit und mehr Geld in die BRD gekommen sind, als „selbstständige Subunternehmer“ für sie arbeiten. In Deutschland angekommen, ist von solchen Dingen nichts mehr zu hören. In der Regel werden die „selbstständigen“ osteuropäischen Arbeiter unter dem Mindestlohn beschäftigt. Recherchen bürgerlicher Quellen zufolge beläuft sich der Lohn der osteuropäischen Arbeiter bestenfalls auf durchschnittlich fünf oder sechs Euro pro Stunde. Weil sie häufig keine eigene Wohnung finden, werden ihnen „Wohnungen“ gestellt. Diese Wohnungen sind meist in Wohn-

komplexen, oft ohne Küchen und mit mangelhaften Badezimmern, in denen hunderte Arbeiter eingepfercht werden und teils zu fünft in einem Zimmer leben müssen. Die Mietkosten – die in der Regel direkt vom Lohn abgezogen werden – belaufen sich dann meist auf irgendwas zwischen 250 und 400 Euro. Viele kriegen aber auch gar keine Unterkunft und müssen in dem Auto wohnen, mit dem sie tagsüber – gerne oder oft mal über 300 Stunden im Monat (das macht bei einer typischen 6-Tage Woche z.B. knapp 12 Stunden Wochentags und 8 am Samstag) – ausliefern müssen. Ganz nebenbei wird mit der DHL als Teil der Deutschen Post diese arbeiterfeindliche Beschäftigung von einem Konzern mitgetragen, an dessen Aktien der deutsche Staat ein Fünftel der Anteile unterhält und damit jährliche Dividenden im dreistelligen Millionenbereich verdient (Quelle: Frontal 21 – Wenn der Paketbote nicht klingelt – Ausbeutung bei DHL).

Auf Grundlage der Extraprofite, die die Imperialisten aus der dritten Welt quetschen, haben sie ein Netz der Lieferdienstleister in den eigenen Ländern aufgebaut. Dadurch, dass ein Teil der Bevölkerung ein Leben wie die Made im Speck führt, wächst das Transportgewerbe um einiges an, um die Ware so weit zu bringen, dass man überhaupt nichts mehr dafür tun muss. Schon 1916 sah Lenin in seiner Schrift *„Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“* mit Bezug auf einen englischen bürgerlichen Ökonomen voraus, wie durch die Extraprofite aus den unterdrückten Nationen in imperialistischen Ländern große Massen an Beschäftigten unterhalten werden, die *„persönliche Dienstleistungen oder untergeordnete Industriearbeit“* leisten. Während ein Großteil der Lebensmittel und Industrieprodukte als Tribut aus der dritten Welt kommen, sind viele Arbeiter in den imperialistischen Ländern in „Sparten“ wie das Transportgewerbe gedrängt worden, perspektivisch zunehmend für „leicht verderbliche Waren“, was u.a. das Beispiel der Fast-Food-Lieferdienste bestätigt. Das zeigt, wie faul dieses System ist – in den armen Ländern wird immer mehr produziert, in den reichen Ländern ist man hingegen immer mehr damit beschäftigt, die Ware zu verteilen. In ähnlichem Ausmaß, wie die Ausbeutung in den unterdrückten Nationen wächst, nimmt sie aber auch hier in den imperialistischen Ländern zu. Mehrere Hunderttausend leiden in miserablen Arbeitsverhältnissen darunter, dass man sich heute die 15 Minuten Weg zu Imbiss, Supermarkt oder Paketshop, auch wenn es gar nicht Not tut, sparen kann. Auch daran verdient wie üblich ein kleiner Haufen von Kapitalisten, denen dafür jedes Leid der Arbeiter recht ist. •

BESATZUNG FÜR DIE FRAUENRECHTE?



Gewalt gegen Frauen nimmt in Kriegen immer größere Ausmaße an (Aufnahme aus dem Vietnam-Krieg)

Nach der Niederlage der Besatzer in Afghanistan kann man viel über die angebliche Sorge um die Rechte der Frauen lesen. Wir haben dazu eine Leserzuschrift erhalten, die wir an dieser Stelle dazu veröffentlichen möchten.

Liebes RoPo-Team,
ich schicke euch diesen Brief in der Hoffnung, dass ihr ihn veröffentlichen werdet. Mit dem Rückzug der US-amerikanischen und deutschen Armeen aus Afghanistan wird viel in den Medien über die Frauenrechte gesprochen, welche die westlichen Besatzer jetzt in Gefahr sehen durch ihren Rückzug. Ich denke, dass viele Menschen darauf reinfallen und einen erneuten Einfall in Afghanistan aber auch andere Ländern befürworten – im Namen der Frauenrechte. Umso wichtiger ist es, dass offengelegt wird, welche widerwärtige Verbrechen die „Frauenbefreier“ an den Völkern der Welt und besonders an den Frauen und Kindern begehen.

Verbrechen gegen Frauen im Krieg haben eine lange Tradition. Gewalt gegen Frauen gilt als besonders effektiv, weil sie in der Gesellschaft häufig die Basis der Familie bilden. Diese anzugreifen und zu verletzen bedeutet also die Basis der Gesellschaft anzugreifen, was dazu führen soll, dass die Gesellschaft demo-

ralisiert und geschwächt wird. Ein Sprichwort der indigenen Bevölkerung der Cherokees sagt, dass eine Nation erst besiegt ist, wenn die Herzen der Frauen auf dem Boden liegen – egal wie mutig die Kämpfer und wie stark ihre Waffen sind.

Gewalt gegen Frauen wird seit jeher benutzt, um den Feind zu bekämpfen. Bereits in der Antike machten sich u.a. die Griechen, die für viele heute als demokratisches Vorbild dienen, Vergewaltigung zur Waffe. Heute hat es solche Ausmaße genommen, dass selbst die UN (United Nations) nicht mehr dazu schweigen kann und sagt, dass die Zahl der Vergewaltigungen im Krieg stark angestiegen ist. Dabei ist Vergewaltigung noch gar nicht so lange wirklich ein anerkanntes Kriegsverbrechen. In den Prozessen zum Jugoslawienkrieg, in dem zehntausende von Frauen vergewaltigt wurden, galt es noch als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Erst 2008 wurde es zusammen mit anderer sexueller Gewalt ergänzend zu einem Kriegsverbrechen. In den Prozessen zum Ruandakonflikt

wurde sogar davon gesprochen, dass die Massenvergewaltigungen dazu dienten, systematisch den Lebenswillen der Opfer und ihrer Angehörigen zu zerstören und es somit ein Akt mit der Absicht des Völkermordes ist.

Wirklich viel hat die UN trotzdem nicht gemacht, sie hat einige Büros eingerichtet, vielleicht mal ein paar Schauprozesse führen lassen, aber tagtäglich werden Frauen auf der ganzen Welt in Kriegen auf das Übelste misshandelt. Auch wenn häufig von Taten in bürgerkriegsähnlichen Zuständen gesprochen wird, kann ich mir nicht vorstellen, dass die imperialistischen Armeen alle so brav sind, wie sie gerne tun. Mehr noch, sie sind Meister darin, diese perfide Taktik zu professionalisieren. Die japanische Armee z.B. baute ganze „Bordelle“, in denen sie Frauen aus China, Korea, Taiwan, Japan und von den Philippinen als Sklavinnen vergewaltigen ließen – laut heutigen Zahlen waren es 200.000 Frauen. Die meisten von ihnen haben nie irgendeine Art von Entschädigung bekommen.

Aber was sind aktuellere Beispiele? Der Irakkrieg. In diesem wurden männliche Iraker, die von den US-Soldaten gefangen wurden, systematisch in den Gefängnissen vergewaltigt. Frauen, die mit ihren Kindern zusammen verhaftet wurden, mussten zusehen, wie die US-Soldaten ihre Kinder missbrauchten, während dies alles noch gefilmt wurde. Frauen wurden zu pornografischen Darstellungen gezwungen und massenhaft vergewaltigt. Im Afghanistankrieg ist heute vor allem die Rede von den Verbrechen, die die Taliban verübt haben, aber ich denke, dass es in Anbetracht der ganzen Beweise von Vergewaltigungen und sexueller Gewalt in den anderen Kriegen, in denen imperialistische Kräfte involviert waren und sind, nur eine Frage der Zeit ist, bis auch Beweise für deren Verbrechen zu Tage treten werden.

Berühmt und berüchtigt sind heutzutage wohl auch vor allem die „UN Peacekeepers“, internationale Truppen, die in Ländern, in denen bewaffnete Konflikte herrschten, den „Frieden aufrecht“ erhalten sollen. Nun gibt es Studien, die darlegen, dass in genau diesen Ländern zu dem Zeitpunkt, an dem die „Peacekeeper“ aktiv werden, auch rasant die Prostitution und die Zahlen der sexuellen Verbrechen ansteigt. Kann das Zufall sein? Ich denke nicht und werde darin von zahlreichen Fällen bestätigt. Laut der UN dürfen die Soldaten keine sexuellen

Beziehungen mit den schutzbedürftigen Menschen eingehen, aber die eigenen Gesetze wahren, war noch nie angesagt bei der Reaktion. Berichte in den Nachrichten, in den Zeitungen, im Internet zeigen deutlich, wie widerwärtig sich diese Schweine die Not der Menschen zunutze machen. Kindern werden im „Tausch“ zu sexuellen Handlungen Süßigkeiten angeboten. Frauen werden in der Nähe ihrer Geflüchtetenlager ins Gebüsch gezerrt und unter mit der Waffe am Kopf von mehreren solcher Schweine vergewaltigt, auch sie werden mit Lebensmitteln und Unterstützung zum Geschlechtsverkehr gezwungen. Viel zu selten kommen diese Fälle ans Tageslicht, weil sich die Frauen nicht trauen, diese anzuzeigen. Von der angeblichen „Null-Toleranz“-Politik der UN ist weit und breit keine Spur. Die Truppen werden vor Ort gelassen, die Frauen laufen ihren Peinigern ständig über den Weg und in vielen Fällen wurden sie durch die Taten ungewollt schwanger. Da die spezielle medizinische Versorgung für Frauen in vielen unterdrückten Ländern sowieso schon sehr schlecht und eine Abtreibung unsicher bis illegal ist, gebären viele Frauen die Kinder. Die Kinder werden innerhalb der Gesellschaft geächtet, die Frauen werden mit ihnen finanziell alleine gelassen.

Können die Imperialisten also ihre Besatzungen mit den Frauenrechten rechtfertigen? In meinen Augen nicht. Natürlich sind, wenn wir beim Anfang meines Briefes bleiben, die Frauenrechte in Afghanistan jetzt nichts wert. Aber die Imperialisten haben sich genauso wenig um die Frauenrechte geschert und sie haben sie genauso mit Füßen getreten. Nur machen sich die Imperialisten mal wieder zu dem „White Saviour“, dem weißen Heiland, der als „Herrenmensch“ den unterdrückten Völkern die Zivilisation bringt.

Wer jetzt sagt, wir müssen den armen Frauen in der Dritten Welt doch helfen, macht sich, wenn vielleicht auch unbeabsichtigt, zum Verteidiger der imperialistischen Invasionen, in denen alle Einheimische Freiwillig sind. Ich denke eher, dass es für die Frauen wichtig ist, selbst für ihre Befreiung zu kämpfen, denn ob nun ein Deutscher, ein Yankee oder ein einheimischer Reaktionär sie und ihre Kinder missbraucht, ist doch am Ende egal. Befreien können sie sich nur selbst, wenn sie all ihre Unterdrücker zur Hölle jagen. •

KEINE EHRUNG FÜR BESATZER



Der „Bendlerblock“ und ein Zapfenstreich vorm Reichstagsgebäude

Vor kurzer Zeit fand in Berlin noch eine Vereidigung der Bundeswehr statt. Bei dieser legen die Rekruten, die als neuer Teil der Bundeswehr die Grundausbildung bestanden haben, ihren Schwur ab, den Interessen des deutschen Imperialismus zu dienen. Die Vereidigung findet generell halbjährlich statt und der Ort in Berlin, der dafür gewählt wird, ist meistens der *Bendlerblock*, der Sitz des Bundesministeriums der Verteidigung. Hier wird Stauffenberg hochgehalten, der in der Geschichtsschreibung der BRD als angebliche Krönung antifaschistischen Widerstands in den Vordergrund gedrängt wird. Selbst die Straße, von der der Block seinen Namen erhielt, die ehemalige Bendlerstraße, heißt nun Stauffenbergstraße. Auch lässt es sich keine Zeitung, die über die Vereidigungen oder sonst etwas am Bendlerblock berichtet, die Chance nehmen, es in einen langen Heldenepos über Stauffenberg zu verwandeln. Nicht nur war er einer der ersten „antifaschistischen Helden“ in der BRD, er wird auch bis heute als Vorbild in der Bundeswehr hochgehalten. Sein „großer antifaschistischer Akt“ beschränkt sich auf ein gescheitertes Attentat auf Hitler. Er selbst war Oberst in der Wehrmacht und Stabschef beim Befehlshaber des Ersatzheeres. Der Zeitpunkt des versuchten Attentats war ja auch erst 1944. Er basierte sich darauf, dass er andere Einschätzungen zum weiteren Kriegsverlauf hatte als Hitler. Er sah den Krieg früher als Hitler als verloren und wollte

durch das Ersetzen von Hitler vor allem dafür sorgen, statt einer bedingungslosen Kapitulation des hitlerfaschistischen Deutschlands bessere Voraussetzungen für Verhandlungen zu schaffen. Am Faschismus, geschweige denn dem deutschen Imperialismus, wollte er nie etwas ändern. Einen schöner „antifaschistischer Held“ ist er, der Nazi. Vielleicht sollten wir anfangen, Hitler dafür zu belobigen, Hitler umgebracht zu haben. Auf der anderen Seite werden die wohl aktivsten Antifaschisten, die Kommunisten, verschwiegen. Dazu wird auch der DDR, der man in dieser Frage zu Gute halten kann, dass sie sich früher und breitflächiger mit den Verbrechen der Hitlerfaschisten und dem Widerstand dagegen befasst hat, vorgeworfen, keinen „echten“ Antifaschismus betrieben zu haben und verantwortlich zu sein für das Erstarken einer faschistischen Bewegung nach dem Ende der DDR.

Dieser Bendlerblock sollte auch am Ende des Augusts erneut Veranstaltungsort für ein Spektakel der Bundeswehr werden. Dieser Termin wurde inzwischen auf einen unklaren Zeitpunkt im Oktober oder November verschoben, möglicherweise wegen angekündigten Protesten, denen es so erschwert wird, für ein festes Datum zu mobilisieren. Dort sollen dieses mal die aus Afghanistan abgezogenen Truppen geehrt und beglückwünscht werden. Wofür die Beglückwünschung ist, ist nicht ganz klar, für uns hier oder das afghanische Volk haben sie nicht nur herzlich

wenig erreicht, sondern die Lage aktiv verschlimmert. Aber auch die eigenen taktischen und politischen Ziele der BRD haben sie kaum vorangebracht. Wie sie selbst in ihrer Propaganda zeigen (sie haben zwar diesen konkreten Einsatz nicht gefilmt, aber verhalten sich in Youtube-Serien wie „Die Rekruten“ oder in Mali entsprechend), war es großer Bestandteil des Einsatzes, angsterfüllt in ihrer Basis sitzen, und wenn es dann tatsächlich mal zu Fahrten durch das Gebiet, das sie halten wollten, wurde die Angst nur noch größer. So verhält es sich auch mit anderen imperialistischen Ländern, führend die Supermacht USA. Ihren Einsatz hatten sie mit dem Angriff auf das World Trade Center 2001 gerechtfertigt. Als Rechtfertigung der Invasion nutzten sie, dass die Taliban, welcher in Kontrolle über das Land waren, sich weigerten, Al-Qaida-Mitglieder auszuliefern, mit denen sie dennoch Konflikte hatten. Die USA hatte nun vor, bis Ende August ihre Truppen abzuziehen und ihren bisher längsten Einsatz zu beenden, der selbst laut unterschiedlichen bürgerlichen Quellen mehrere Hunderttausend Massen ermordete. Für ihre „Evakuierung“ setzten sie zwischenzeitlich erneut 7000 Truppen ein. Sie sprachen zunächst von einem Erfolg, schließlich sei Al-Qaida besiegt und darum sei es ja gegangen. Diese Behauptung und Rechtfertigung des Einsatzes verschweigen aber, dass sie ihr tatsächliches Ziel, die Region unter ihrer Kontrolle zu halten, nicht erreicht haben. Seit dem zweiten Weltkrieg fehlt es an Beispielen, bei denen sie ihre Ziele in Auslandseinsätzen tatsächlich erreicht hätten. Recht eindrucksvoll, insbesondere in Bezug auf die USA, war ihre Niederlage in Vietnam, aber dies ist nur ein Beispiel. Von einer Stabilität der Herrschaft der jeweiligen Imperialisten oder des Imperialismus insgesamt ganz zu schweigen.

Den Mangel an taktischen und militärischen Siegen des Einsatzes zeigen auch die Vielzahl der bürgerlichen Medien, die sich darüber lautstark beschwerten. Auch schreiben sie gern über „erneute Vormärsche der Taliban“. Anstatt aber deswegen ein Problem beim Einsatz an sich zu suchen, ist für sie der Fehler klar: das Ende des Einsatzes. So zeigen sie nicht nur die Niederlage auf, sondern betreiben auch Kriegstreiberpropaganda und fordern mehr und längere Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Auch über die Handhabung des Abzuges wurde gern und viel geredet und gestritten. Über den „Disrespekt gegen ‚unsere Leute‘“, die ja ihr Leben für uns

riskieren, dass Annegret Kramp-Karrenbauer, Verteidigungsministerin und damit politisches Gesicht des Einsatzes und der gesamten Bundeswehr, sie nicht empfangen hätte, da sie zu dieser Zeit in den USA war. Es folgte ein großer Aufschrei der Empörung, dass sie sich ja nicht um „ihre“ Soldaten kümmern würde, als ob das nicht viel eher am allgemeinen Verhalten und den Einsätzen zu sehen wäre. Darauf folgend wurde vor allem diskutiert, wie das denn nun wieder gutzumachen sei, ob mit einer Zeremonie am Bendlerblock, um zu demonstrieren, dass die direkten politischen Vorgesetzten sich ja um die Soldaten scheren, dass sie ja „unsere“ Kriegstreiber sind, oder doch lieber mit einem Zapfenstreich vor dem Bundestag, in der Debatte rein zufällig weiter als „Reichstagsgebäude“ betont, um zu zeigen, dass die formell ein bisschen weiter distanzierten politischen Verantwortlichen sich um sie scheren und dass sie ja „Für unsere Demokratie und Interessen im Einsatz waren“. Frei nach dem Motto des alten Spruchs „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“. Auch dieser wurde inzwischen sogar im Dokumenten wie dem „Weißbuch“ (Strategiepapier des Ministeriums für Verteidigung von 2016) ein bisschen ehrlicher als „Deutsche Interessen werden am Hindukusch verteidigt.“ formuliert. Schließlich wurde beschlossen, einfach beides zu tun, sie also als „unsere“ Kriegstreiber „für unsere Demokratie und Interessen“ zu huldigen, oder so ähnlich.

Veranstaltungen wie diese und auch wie die erwähnte Vereidigung finden meist unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und werden nur über ausgewählte Sender öffentlich präsentiert. So wenig Vertrauen haben also selbst die Veranstalter in den Erfolg ihrer Propaganda. Sie wissen, dass das Volk bei imperialistischen Kriegen nichts zu gewinnen hat, und dass uns das sehr bewusst ist. Wir sehen, dass sowohl imperialistische Kriege, wie auch ein neuer imperialistischer Weltkrieg immer mehr und konkret vorbereitet und eine Möglichkeit werden. So beginnt auch diese Selbstschaustellung und Feier des deutschen Imperialismus, auf Widerstand und Protest zu stoßen. Geplant ist an dem entsprechenden Tag unter anderem mittags eine Aktion vorm Bendlerblock und abends eine Demo zum Reichstag. •

IDA-EHRE-SCHULE WEHRT SICH GEGEN POLIZISTEN



Als ein „Cop4U“ einen Streit an der Ida-Ehre-Schule im Hamburger Stadtteil Harvestehude klären wollte, ließen sich die Schüler das nicht gefallen. Cop4U ist eine Initiative der Hamburger Polizei, die bestimmten Schulen Kontaktpolizisten zuteilt. Diese zeigen dann dort eine erhöhte Präsenz und sollen Ansprechbarkeit suggerieren. In diesem Fall hat ein Hauptkommissar am 19. August einen 13-jährigen auf dem Schulgelände zu Boden gerungen und sich auf ihn gehockt. Die Handlung des 53-jährigen Polizisten wurde mit Tritten, Schlägen und Bspucken seitens der anwesenden Schülerinnen und Schüler bestraft. Als Verstärkung eintraf, solidarisierten sich bis zu 80 anwesende Schülerinnen und Schüler und griffen auch die Verstärkung an. Erst das Eintreffen von zwölf Streifenwagen konnte die Situation entschärfen. Die Schulleitung sei bestürzt über das „Nicht-Eingreifen“ von den Menschen vor Ort. „Empathielosigkeit“ heißt es seitens der Schulleitung. Dem Polizisten gegenüber ist ja auch Empathielosigkeit angesagt, wenn der Staatsdiener, der sich als „Freund und Helfer“ ausgibt, so einen 13-jährigen rabiat zu Boden bringt, der sich verzweifelt versucht, aus den Fängen des Polizisten zu winden. Am Ende kommt natürlich wieder die faule

offizielle Erklärung des Beamten, der vermutete Junge habe ein Messer oder einen Schlagstock in der Tasche gehabt und seine Hände ja auf Nachfrage des Bullen nicht aus seinen Taschen nehmen wollen. Menschen leiden überall unter Polizeigewalt, und gerade die Jugendliche haben unter dem monatelangen „Corona-Lockdown“ gelitten, der von den Bullenschweinen durchgesetzt und kontrolliert wurde, da war es wohl „Ehrensache“, noch mal auf den Kinder-prügelnden Vertreter des Staates einzudreschen. Es gibt also viele Gründe, die das Verhalten der Schüler der Ida-Ehre-Schule rechtfertigen und erklären.

Die Ida-Ehre-Schule ist schon 2019 dadurch aufgefallen, dass an der Schule Sticker mit antifaschistischen Botschaften geklebt worden waren. Diese sollten damals entfernt werden. Schüler, Lehrer und Mitstreiter gingen damals auf die Straße und protestierten gegen dieses Mundtotmachen. Die Schulleitung erklärt zum Polizei-Prügelfall, dass sie „entsetzt“ seien, mit welchem „Gewaltpotential“ schon minderjährige Kinder agieren. Natürlich sind Kinder und Jugendliche in der Lage, wütend und gewaltbereit zu sein, vor allem gegen ein System wie dieses, in dem die Cops den verlogenen Staat repräsentieren

und verteidigen und oft willkürlich handeln. „Focus.de“ zitiert die Schule übrigens so, dass sie Gewalt generell ablehne und Konflikte im Gespräch kläre. Das hätten sie vielleicht mal dem Cop4U stecken sollen, bevor er den „auffälligen“ Schüler attackiert hat. Dieser hatte letztendlich natürlich keine Waffe dabei. Aber das scheint die Politik gar nicht zu interessieren. Schulsenator Ties Rabe und die Schulleitung wollen nun „Konsequenzen aus dem Vorfall ziehen“ und irgendwelche „Maßnahmen einleiten“. Natürlich gegen die Jugendlichen und nicht gegen den Polizisten. Für andere ist es ein Grund zur Freude, dass es Jugendliche gibt, die kämpfen und sich wehren und solidarisch sind. Der Staat bestraft die Solidarität zweier helfender Kinder im Alter von zwölf und 13 Jahren mit dem Anlegen einer polizeilichen Akte. Gegen einen weiteren 15-Jährigen oder 13-jährigen Schüler wird ermittelt (die Berichterstattung gibt dies nicht genau wieder). *„Tätlicher Angriff, gefährlicher Körperverletzung, versuchter Gefangenenbefreiung und Beleidigung“* wird den Kindern vorgeworfen. Das kann dann in ihrem späteren Leben nachgelesen und eingesehen werden.

Der Jugendliche, der von dem Polizisten zu Boden gebracht wurde, besitzt bereits solch eine Akte. Übrigens ist sein Vater des Mordes angeklagt. Wahrscheinlich wird der Mann für seine Tat eine lebenslängliche Haftstrafe erhalten. In dieser kritischen Phase seines Lebens ist der Jugendliche durch Gewalttaten aufgefallen. Der Cop4U wusste also eventuell um die Fragilität des Jugendlichen. Und ihm war vielleicht auch klar, dass kein Vater kommen wird, um bei so einem respektlosen körperlichen Angriff gegen seinen Sohn die Bullen anzuklagen, weil der ja bereits in Haft sitzt. An der Ida-Ehre-Schule wurden nach dem Vorfall elf Schüler beurlaubt. Mit dieser Maßnahme sollte laut Polizei „das Schulleben aufrecht erhalten werden“. Außerdem ist die Polizeipräsenz nach der „Tat“ erhöht worden. Der von der Polizeigewalt betroffene Schüler ist übrigens auf einer der benachbarten Schulen gemeldet.

„24hamburg.de“ bezeichnet den zu Boden gerungenen Jugendlichen übrigens als „Haupttäter“. Das ist eine Täter-Opfer-Umkehr. Der Polizist hat sich ungefragt

in den Streit von Kindern eingemischt und den Jungen zu Boden gerungen, er ist der Täter. Im Polizeibericht heißt es, er habe den Jungen aus „Eigensicherungsgründen“ zu Boden gebracht. Die Bullen bekommen auch mal zu spüren, dass sich die Leute nicht alles gefallen lassen. Dass das Einschreiten der Polizei auch hier im Norden Deutschlands schnell mit dem Tod enden kann, hat nicht zuletzt der Polizeimord in diesem Jahr in Delmenhorst bewiesen. Der 19-jährige Qosay K. wurde ohne triftigen Grund von Zivilbullen kontrolliert und von ihnen getötet. Nach einer Verfolgungsjagd, Zubodengedrücktwerden und einem Angriff mit Pfefferspray wurde Qosay die Behandlung von Sanitätern verwehrt, obwohl er sagte, dass er Atemnot habe. Er wurde in den Polizeiwagen geschleift, fiel auf der Polizeiwache ins Koma und verstarb am folgenden Tag. Sein Freund sei nach der Verfolgungsjagd an einer Parkbank festgekettet worden.

Also: Wer sagt denn, dass man sich von den Bullen solche Unverschämtheiten und Morde gefallen lassen muss? Die „prügelnden Schülerinnen und Schüler der Ida-Ehre-Schule“ wissen, dass man sich dem nicht beugen muss. •



Der Cop4U bei seiner für ihn verhängnisvollen Gewalttat am 13-Jährigen

KURZARBEIT BEI DAIMLER NIMMT KEIN ENDE



Weit über zehn Millionen Beschäftigte in Deutschland sind im letzten Jahr durch die Krise von jetzt auf gleich in Kurzarbeit geschickt worden. Die Rechtfertigung – Corona. Doch während das Thema der Kurzarbeit im letzten Jahr noch eine große Rolle gespielt hat, ist es heute im Großen und Ganzen aus der Öffentlichkeit verbannt worden. Und das, obwohl erst mit Anbruch des September 2021 das erste Mal seit Beginn letzten Jahres die Marke von einer Millionen Kurzarbeitern unterschritten werden konnte. Doch auch, wenn die Tendenz im jetzigen Moment eher in Richtung Rückgang geht, zeigt sich, dass das Thema Kurzarbeit noch lange nicht abgeschlossen ist. Das liegt vor allem daran, dass Corona nur ein Vorwand ist, der den eigentlichen Grund für die Krise und die daraus resultierende Kurzarbeit verwischt. Denn der zentrale Punkt ist die kapitalistische Wirtschaftsweise, die dahin geführt hat, wo wir heute stehen – einer Überproduktionskrise, d.h. eine Krise, die dadurch entsteht, dass mehr produziert wird als überhaupt gekauft werden kann. Nur weil die Produktivität und damit die Produktion steigt, heißt das nicht, dass automatisch

auch mehr gekauft wird. Aus der Überproduktion folgt eine Periode der Unterproduktion, Industrie wird lahmgelegt, Lieferketten geraten ins Stocken, Produktivkräfte werden vernichtet. Wer seinen Konzern da retten will, greift zu Sparmaßnahmen, und hier in der BRD bedeutet das für die Arbeiter zur Zeit überwiegend Kurzarbeit.

In Bremen haben natürlich ebenfalls etliche Betriebe im Verlauf der Krise ihre Arbeiter in die Kurzarbeit gezwungen und damit einen Teil ihres Lohns geraubt. Auch die „Big Player“ der Stadt – Daimler, Airbus, die BLG usw. usf. – sie alle waren schon in Kurzarbeit. So verkündet die Daimler AG – mit 12.500 Beschäftigten (Leiharbeiter oder Arbeiter, die über andere Fremdfirmen angestellt sind, noch gar nicht mit eingerechnet) Bremens größtes Unternehmen – Woche für Woche wieder und wieder die Verlängerung der Kurzarbeit im Werk. 8.500 Arbeiter, also in etwa zwei Drittel der Belegschaft, sind aktuell von der Kurzarbeit betroffen. Die Busse, die die Arbeiter zum Werk bringen, sind wie leergefegt. Und das alles, obwohl Daimler aktuell satte Gewinne verzeichnen

kann. Als Grund wird der Mangel an Computerchips aufgrund von Lieferengpässen auf den Wegen von ihren Produktionsländern in Ostasien genannt. Die Lieferketten der Produktion wurden seit Beginn der Krise zwar behindert, jedoch ist es für ein Automonopol wie Mercedes, das z.B. bereits 2003 während einer Reihe an Streiks in den Werken Ostdeutschlands Kolbenringe per Hubschrauber ins Werk fliegen lassen konnte, damit die Produktion nicht stillsteht, nicht das Problem, ein paar Millionen kleine Halbleiterbauteile, an denen die Produktion eines ganzen Autos hängt, nach Deutschland zu holen. Der „Chipmangel“ verschleiert die Tatsache, dass sie auf ihrer produzierten Ware sitzen bleiben. Abgewälzt wird das Ganze auf die Arbeiter, indem man sich die Lohnkosten einspart, Kurzarbeit beantragt und den Staat zahlen lässt. Dabei sind diejenigen, die bei Daimler in Kurzarbeit geschickt werden, noch nicht einmal am schlechtesten dran. Denn als die Krise begann, waren die ersten, die herhalten mussten, Leiharbeiter und Angestellte bei anderen Fremdfirmen, von denen viele direkt gefeuert wurden. Und genau das soll jetzt mit Hundertern Leiharbeitern wieder passieren.

Ein Ende der momentanen Situation bei Daimler in Bremen ist absolut nicht in Sicht. Ganz im Gegenteil spitzt sich die Situation weiter zu, Daimler ging im September den nächsten Schritt und beantragte nun auch Kurzarbeit für die Kundencenter. Noch mehr Kollegen werden so vom Autoriesen in Kurzarbeit geschickt. Welcher Zynismus seitens des Konzerns mit der Kurzarbeit verbunden ist, zeigte sich bereits mehrfach. So berichtet ein Kollege von Daimler, dass die Kurzarbeit von der Werksleitung oftmals gar nicht angekündigt wurde. Viele Arbeiter erfuhren erst aus der bürgerlichen Presse von der Kurzarbeit oder dadurch, dass ein paar Informationen gerüchteweise von oben nach unten durchsickerten und sich unter den Kollegen herumsprachen. Frühzeitige offizielle Ansagen der Chefetagen, die zumindest ermöglicht hätten, mit weniger Geld in der nächsten Zeit zu planen, hat es häufig aber nicht gegeben. Stattdessen hieß es dann Freitags kurz vor Feierabend „...ach übrigens, ab Montag ist dann erst mal Kurzarbeit“. In Sachen Zynismus kommt dazu, dass Anfang des Jahres, als Daimler seine Zahlen zum Jahr 2020 bekannt gab und trotz Krise, Produktionsstopp, stockenden Lieferketten und vielem mehr eine

Profitsteigerung von 2,7 Milliarden aus dem Vorjahr auf 4 Milliarden Euro verzeichnete. Und dass nicht trotz, sondern vor allem wegen der Kurzarbeit, denn wie die Daimler-Chefs ohne jegliche Scheu zugaben, spielt das Einsparen von Personalkosten eine entscheidende Rolle bei der Steigerung ihrer Profite (Daimler-Chef Ola Källenius sprach Ende 2019 von einer Einsparung von über einer Milliarde Euro in dem Bereich bis 2022). An die Aktionäre wurde reichlich Dividende ausgeschüttet, die nur mit unseren Steuergeldern aus der Staatskasse ermöglicht wurden, während die Arbeiter bei Daimler weniger Lohn bekommen. All das wird zugelassen und gestützt von den Bürokraten der IG-Metall und dem Betriebsrat, die die Kurzarbeit sogar befürworten und der Meinung sind, dass es im Interesse aller wäre, in Kurzarbeit zu gehen, wenn gewisse Teile für die Produktion fehlen. Eine angebliche „Arbeitervertretung“, die der Meinung ist, dass Kurzarbeit im Interesse der Arbeiter wäre, steht nicht auf Seiten der Arbeiter, sondern der Bourgeoisie. So eine „Arbeitervertretung“ können wir einfach direkt in die Tonne kloppen.

Dass immer noch Kollegen in Kurzarbeit geschickt werden, dass immer noch rund eine Million Menschen in der BRD in der Kurzarbeit feststecken, zeigt noch einmal, welch massives Ausmaß diese Wirtschaftskrise hat. Die Zeiten der Krise sind die Zeiten, in denen die Bourgeoisie in Bedrängnis gerät, in denen ihnen ihr eigenes System, ihre eigene kapitalistische Art zu wirtschaften auf die Füße fällt. Doch genau diese Last tragen sie nicht selbst. Sie tun alles, um diese Last auf die Schultern der Arbeiterklasse und des Volkes abzuwälzen. Dass etliche Kollegen seit nun über eineinhalb Jahren mit finanziellen Problemen wegen Kurzarbeit zu kämpfen haben, ist genau Teil davon. Ihre Krise erhöht unsere Ausbeutung und Unterdrückung. Mehr Arbeit, längere Arbeit, weniger Lohn, schlechtere Bedingungen. Doch dass wir in einer solch tiefen Krise stecken, ist vor allem Ausdruck der Schwäche des imperialistischen Systems. Je mehr der Imperialismus sich seinem Abgrund nähert, desto mehr und desto härtere Krisen durchläuft er. Unsere Aufgabe ist es entsprechend, dem imperialistischen System seinen letzten Stoß zu versetzen! •

DER PERSONALMANGEL IN KITAS UND SEINE FOLGEN



Manchmal will man die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, aber das ist auch keine Lösung

Im Sommer diesen Jahres hat die gelbe Gewerkschaft ver.di zusammen mit der Hochschule Fulda ihren „Personalcheck“ durchgeführt. Eine Umfrage, welche in allen Kitas durchgeführt wurde und zu dem Ergebnis kam, dass 173.000 Erzieher in der BRD fehlen. Im Schnitt sollen drei Beschäftigte pro Einrichtung fehlen. Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft fehlen sogar 340.000 Erzieher in der BRD. Die Fragen beim „Personalcheck“ gingen vor allem um die Arbeitsbedingungen der Kitabeschäftigten. Durch die immense Arbeitsbelastung und das Fehlen des Personals ist das eigentliche pädagogische Arbeiten in vielen Situationen nicht möglich, und man glaubt, man wäre Angestellter beim Ikea-Småland. Nichts gegen die Kollegen von Ikea. Die Bildungsgrundsätze in NRW schreiben eine Vielzahl an Aufgaben und zu vermittelndes Wissen an die Kinder vor, dazu kommt die Dokumentation des Entwicklungsfortschritts der Kinder, Elterngespräche, Vor- und Nachbereitung von Bildungsangeboten. Kein Wunder, dass bei der Fülle an Aufgaben laut Personalcheck 64 Prozent der befragten Kollegen regelmäßig in ihrer Freizeit

arbeiten müssen. Arbeitszeit, die einem nicht bezahlt wird.

Nicht selten kommt es vor, dass man für eine Gruppe mit über 20 Kindern alleine verantwortlich ist. Ein Gang zur Toilette? Erst nach einem Telefonat mit den Kollegen aus der anderen Gruppe und wenn sie Zeit haben. Schreibarbeit, die bis zum Ende der Woche erledigt werden soll? Die kannst du dann in deiner freien Zeit machen. Pädagogische Arbeit entwickelt sich in so einer Situation zur Aufbewahrung der Kinder, und man „betet“, dass sich kein Kind in dieser Zeit schwer verletzt. Denn dann bist du der Schuldige, der seine Arbeit nicht macht. Dass durch zu große Gruppen und zu wenig Personal solche Situationen geschaffen werden, wird bei der Trägerverwaltung meistens ausgeblendet. Das Kinderbildungsgesetz (Kibiz) in NRW legt einen Betreuungsschlüssel, in den Kindergarten-Gruppen mit 25 Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren zwei Erzieher fest. Damit hat es einen der höchsten Betreuungsschlüssel in der BRD. Wenn eine Person aus der Gruppe krank ist, bleibst du alleine mit 25 Kindern. Natürlich könnten die Träger

andere Betreuungsschlüssel einführen und so kleinere Gruppen schaffen, das würde jedoch bedeuten, dass der Träger weniger Geld einnimmt. Denn für jedes Kind wird eine Pauschale gezahlt; um so profitabel wie möglich zu sein, muss der Personalschlüssel so hoch wie möglich sein. Für Kindergartengruppen bedeutet das 1:12,5. Laut einer Studie der Bertelsmannstiftung soll ein Betreuungsschlüssel von 1:7,5 optimal für die Betreuung der Kinder sein. Dass nicht nur Erzieher unter diesen Bedingungen, sondern auch die Kinder, um die man sich kümmern will, darunter leiden, ist den Trägern, die sich so viel Menschen- und Kinderliebe auf die Fahne schreiben, herzlich egal. Die Begleitung der Kinder bleibt dabei total auf der Strecke. Dabei spielt es keine Rolle, ob es ein privater Träger wie die AWO, die Caritas, oder ein öffentlicher Träger wie das örtliche Jugendamt ist. Dass man alleine in der Gruppe ist, kommt nicht selten vor. Denn als Erzieher hast du mit knapp 19 Fehltagen im Jahr eine überdurchschnittliche hohe Anzahl an Krankheitstagen. Nicht selten kommt es vor, dass du dich bei den Kindern mit einer Krankheit ansteckst und selbst krank wirst. Dazu kommt noch Urlaub und die Arbeit außerhalb der Gruppe, wie zum Beispiel die Elterngespräche.

Sollte es dann doch möglich sein, da man genug Personal hat, ein Angebot durchzuführen, muss man öfter mal die dafür benötigten Materialien von zu Hause mitbringen, da der Träger versucht, an allen Ecken und Enden zu sparen. In jeder Gruppe gibt es Spielmaterial, welches von den Erziehern von zu Hause mitgebracht wurde. Sei es das Hörspiel, welches die Kinder lieben, oder ein Puzzle. Nicht selten bringen Kollegen alte Sachen oder auch neu gekaufte Spielsachen mit zur Arbeit, damit die Kinder sich mit den Themen, die sie interessieren, auseinandersetzen können. Für den Träger ist das natürlich lukrativ, da er damit immense Kosten sparen kann, wenn die Kollegen die Spielsachen von zu Hause aus mitbringen. Auch beim Rest der Einrichtung wird gespart. Häufig ist das Mobiliar so alt, dass die Betreuer theoretisch in ihrer Kindergartenzeit noch darauf hätten sitzen können. Immer wieder wird es zusammengeleimt oder verschraubt, um ja keine Kosten entstehen zu lassen.

Wenn sich jetzt die Ver.di-Vize-Vorsitzende Behle meldet und schreit *„Das ist skandalös und nicht hinnehmbar. Für die Beschäftigten, für die Kinder und für die Eltern muss sich dringend etwas ändern, um diese*

Situation zu verbessern“, kann sich jede Person, die in einer Kita arbeitet, nur anschließen. Doch wenn sie weiter spricht und sagt *„Für uns als zuständige Gewerkschaft für die Beschäftigten in den Kindertagesstätten heißt das, wir dürfen die Beschäftigten nicht mit ihren Belastungen allein lassen und sind gefragt, uns in den Ländern, im Bund und bei den Arbeitgebern dafür einzusetzen, dass sich die Bedingungen endlich verbessern. Das werden wir eindringlich tun“* dann fragt man sich, wo sie in der letzten Zeit waren.

In den letzten Tarifverhandlungen für den TvöD (Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes), welcher für viele Träger als Standardvertrag übernommen wurde, wollte ver.di erst gar nicht verhandeln und stellte keine Forderungen außer einer „Corona-Prämie“ auf. Fast hätte die Gewerkschaft eine Nullrunde eingefahren, und auch am Ende der Tarifverhandlungen wurde das lausige Ergebnis als größtmöglicher Erfolg verkauft. Die Lohnerhöhung von 4,5 Prozent gestaffelt auf die nächsten vier Jahre deckt nicht mal die kommende Inflation, und in vier Jahren, am Ende des sogenannten „Tariffriedens“, haben wir real weniger Geld in der Tasche als heute.

Wenn es um Fragen wie den Personalschlüssel geht, versteckt sich ver.di in der Regel hinter kleinen Aktionen, die alle Jubeljahre durchgeführt werden. Die schlechten Arbeitsbedingungen, die wir haben, sind eine Folge dieser zahnlosen Politik und gehen auf Kosten der Kinder, Eltern und uns Erziehern. Denn durch fehlendes Personal bleibt die pädagogische Betreuung und die Kooperation mit den Eltern auf der Strecke. Kinder erhalten nicht die Hilfe, die sie benötigen. In allen Bereichen wird nur das Minimum gemacht, oft bleibt keine Zeit, um die Angebote richtig vor oder nachzubereiten.

Wenn wir das nächste Mal lesen, dass sich ver.di für die Interessen der Arbeiter einsetzt und mit dem „Arbeitgeber“ verhandelt, und am Ende wieder nur ein Haufen Mist raus kommt, sollten wir alle daran denken: Was wir am Verhandlungstisch bekommen, haben wir im Vorfeld durch Streiks oder andere Aktionen erkämpft, und wenn das nicht ausreicht, dann muss weiter gekämpft werden. •

REPRESSION GEGEN KÄMPFERISCHE JUGENDLICHE



Innenminister Horst Seehofer besichtigt die Stuttgarter Innenstadt nach der „Krawallnacht“ im Juni 2020

Gut 15 Monate ist es nun her, dass am 21 Juni 2020 in Stuttgart die sogenannte Krawallnacht ausgebrochen ist. Bei dieser begannen am Schloßplatz hunderte feiernde Jugendliche, die in den Monaten davor schon aufgrund des Ausnahmezustandes und „Racial Profiling“ von der Polizei schikaniert wurden, sich während einer Kontrolle mit dem Betroffenen zu solidarisieren und die Polizei zurückzuschlagen. Jugendliche, die von „Russia Today“ interviewt wurden, gaben an, dass die Bullen sich einen Schwarzen rausgepickt hätten, um ihn zu kontrollieren und dabei wohl sehr aggressiv vorgegangen sind. Neben an haben Polizisten rumgeschrien, und die Bierflaschen, aus denen noch getrunken wurde, weggetreten. Als einer der Jugendlichen dem kontrollierten Jugendlichen zur Hilfe kommen wollte, sind die Bullen alle auf ihn rauf. Dann eskalierte die Situation. Die Polizei musste erst Verstärkung anfordern, um mit dieser, die Menge vom Schloßplatz wegzudrängen. In den Stunden darauf kam es in der gesamten Stuttgarter Innenstadt zu Ausschreitungen. Es wurden Scheiben eingeschlagen, Geschäfte geplündert und Kämpfe mit der Polizei geführt. Von „Bürgerkriegsähnlichen Zuständen“ und einer „nie dagewesenen Dimension der Gewalt“, sprachen der Staat und die bürgerlichen Medien in den anschließenden Monaten. Der verursachte Schaden soll sich im siebenstelligen Bereich bewegen.

Das war vor über einem Jahr, und seitdem ist einiges geschehen. Die Stuttgarter Polizei verkündet nun stolz,

dass sie mittlerweile etwa die Hälfte der Tatverdächtigen identifiziert habe. Dies hat sie laut eigener Aussage vor allem aufgrund von sogenannten Super Recognizern geschafft. Das sollen scheinbare Superbullen sein, welche eine besondere Begabung in der Einprägung und Wiedererkennung von Gesichtern haben. Diese Polizisten sollen über ein halbes Jahr lang vorhandene Videoaufnahmen durchforstet haben, um die rebellierenden Massen zu identifizieren. Mittlerweile gibt es in verschiedenen Teilen Deutschlands Einheiten von „Super Recognizern“, welche darauf spezialisiert sind, Videoaufnahmen auszuwerten. Die Polizei spricht von einem großen Erfolg dieser Spezialisten, und das baden-württembergische Innenministerium kündigt an, diese nun flächendeckend in Baden-Württemberg einzusetzen. Natürlich werden diese in allererster Linie zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt werden.

Nun hat es der deutsche Staat mithilfe großer Anstrengungen geschafft, Teile der rebellierenden Jugend mit Repression zu überziehen, tatsächlich war es für die herrschende Klasse nach den großen Ausschreitungen auch sehr wichtig, mit aller Härte dagegen vorzugehen. Halten wir fest: Der deutsche Imperialismus befindet sich inmitten der größten Weltwirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Diese Krise wird verschärft durch die Corona-Pandemie, und in diesem System werden die Pandemie und die Wirtschaftskrise, wie immer, auf den Rücken der Arbeiterklasse und des Volkes abgewälzt. Und davor, dass das Volk und die Arbei-

terklasse dagegen rebellieren, haben die Herrschenden große Angst.

Die Ausschreitungen in Stuttgart hatten eine sehr hohe Intensivität, und solche Ereignisse hatte es in den Jahren davor nicht in dieser Größenordnung gegeben. Es ist schon richtig, wenn bürgerliche Medien rumheulen, dass diese Aggressivität gegen die Polizei etwas Neues ist, welches es in den Jahren davor nicht in diesem Ausmaß gab. Ja, die Wut der Massen nimmt zu, und sie wehren auch sich zunehmend gegen die Angriffe auf sie. Und wie die „Krawallnacht“ gezeigt hat: Wenn die Massen entschlossen rebellieren wollen, kann der Staat sie nicht aufhalten! Genau das ist auch, wovor die herrschende Klasse solche Angst hat. Aus diesem Grund war es für die Regierung so wichtig, möglichst viele Jugendliche für ihre Rebellion zu bestrafen. Doch letzten Endes hat es ihnen nicht viel genutzt, denn seitdem kommt es bis heute immer wieder im ganzen Land regelmäßig zu spontanen Ausschreitungen von Jugendlichen gegen die Polizei. So wurde die Frankfurter Polizei, etwa einen Monat nach den Ereignissen in Stuttgart, während eines Polizeieinsatzes am Opernplatz von 500 bis 800 Menschen mit Flaschen angegriffen. In Offenbach wurden die Polizeikräfte von etwa 50 Jugendlichen in einen organisierten Hinterhalt gelockt, wo sie mit Steinen und Flaschen beworfen wurden. In Freiburg kam es auch mehrmals zu Ausschreitungen auf dem Platz der alten Synagoge, bei welchen die Bullen auch zurückgedrängt wurden. Und in Stuttgart? Beinahe regelmäßig kommt es aktuell an den Wochenenden in Stuttgart zu Angriffen auf die Polizei. Soviel der Staat uns auch durch seine Repression abschrecken will, die Rebellion des Volkes lässt sich nicht aufhalten!

Für ihre große Repression muss die herrschende Klasse auch einen Preis bezahlen. Immer offener wird ihr wahres Gesicht von den Massen wahrgenommen. Politiker, bürgerliche Medien und Lehrer erzählen uns, dass die „demokratische gute BRD“ ja so sehr an Menschenrechten interessiert ist, und schwören auf die Verfassung und die Grundrechte, aber die Stuttgarter Polizei startet monatelang eine Öffentlichkeitsfahndung gegen einfache Jugendliche, fördert immer weitergehende Ausweitung der öffentlichen Überwachung, errichtet Sperrzonen in Innenstädten, zerrt rebellierende Jugendliche wie Tiere, mit Hand und Fußfesseln, barfuß und mit Sack über dem Kopf in den Gerichtssaal und steckt Jugendliche, die einen Stein geworfen haben, für Jahre in den Knast, während sie ihre eigenen Täter bei jedem Bullenmord ohne wirkliche Konsequenzen

davonkommen lassen. Wer soll ihre Lüge von den unantastbaren Grundrechten und den hoch gepriesenen Menschenrechten glauben? Wer soll ihre Lüge von der Gerechtigkeit ihrer Justiz und von der Gerechtigkeit ihres Systems glauben?

Und soviel die Bullen auch über die „unpolitischen Krawalle aus der Partyszene“ reden, diese Krawalle waren politisch und sie haben sich gegen diesen Staat gerichtet. Sie richteten sich dagegen, dass Menschen einfach wahllos von den Bullen schikaniert werden können. Sie richteten sich dagegen, dass es Leuten verboten wird, ihre Freunde zu sehen, während gleichzeitig die Maloche immer noch stattfinden muss. Sie richtete sich dagegen, dass Migranten Tag für Tag von diesen Schweinen in Uniform wie Kriminelle behandelt werden. Die Ausschreitungen waren vielleicht nicht organisiert, aber sie waren ein spontaner, wütender und lauter Schrei nach Revolution. Ein Schrei, die Unterdrückung zu beenden, gegen diesen Staat zu kämpfen, um endlich zurückzuschlagen. Und die Massen haben zurückgeschlagen. Und das hat den Herrschenden Angst gemacht. Sollen sie Angst haben, und sollen sie ihre Angst ruhig hinter wilder Repression verstecken. Die Massen sind, wenn sie vereint handeln, tausendmal stärker als ihre die Bullen, das Militär, der ganze Staat der Imperialisten. Ereignisse wie die in Stuttgart zeigen dies. Und gegenüber all den eifrigen Verteidigern dieses Systems muss gesagt sein, dass die Rebellion des Volkes absolut gerechtfertigt ist. Die Gewalt an solchen Kämpfen zu verurteilen, heißt nicht, „pazifistisch“ zu sein und sich gegen Gewalt auszusprechen, sondern letzten Endes heißt es, die Gewalt dieses Staates gegen das Volk zu verteidigen.

All diese Kämpfe sind gerechtfertigt und sie haben lediglich ein Problem, nämlich, dass sie spontan und ohne Organisation waren. Aus diesem Grund konnten die Bullen auch anschließend so viele Leute verhaften. Weil diese Leute, die dort gekämpft haben, keine Erfahrungen mit Straßenschlachten hatten, sondern einfach spontan ihrer Wut gegen die Lakaien des Staates freien Lauf ließen, ohne zu wissen, wie man Repression verhindern kann. Zwei Sachen werden also deutlich: Es ist erstens gerechtfertigt und notwendig, zu kämpfen, es ist jeder Zeit gerechtfertigt, damit zu beginnen, und zweitens, wenn die Reaktion zurückschlägt, was zwangsläufig passiert, dann muss man sich rechtzeitig organisieren, um in der Lage sein, sich zu verteidigen und den Kampf weiterführen zu können. Kurz zusammengefasst also: **„Kämpft und wehrt euch!“** •

LESERBRIEF: ELTERN „VERKAUFEN“ IHRE KINDER IM INTERNET, DENN JEDER GUCKT ZU – EINE STREITSCHRIFT



Kinder-„Influencer“ sind meist weiblich, also Mädchen, und Fotos und Videos von ihnen sind frei zugänglich im Internet präsent. Sie sind vielleicht vier Jahre alt, elf Jahre oder 13 Jahre...Kinder eben. Sie tanzen, testen (Kinder)produkte, singen, posieren, spielen mit Kinderspielzeug oder tauchen mit Tieren auf ihren Social-Media-Kanälen auf. Wer filmt sie? Meistens sind es die Eltern. Diese, oder andere Erwachsene sind es auch, die für die Accounts der Kinder haften und – zumindest offiziell – das Internetprofil betreuen. Denn auf den bekanntesten Plattformen wie Instagram oder YouTube darf man nicht unter dem Alter von 13 bzw. 16 Jahren mitmachen. Allerdings beginnen viele Kinder-„Influencer“ jünger als 13 Jahre.

Kinder-„Influencer“ sein ist eine „Arbeit“, mit der sich angeblich eine fünfstellige Summe im Monat verdienen lassen kann. Im Deutschen Gesetz ist vorgeschrieben, dass 13- bis 15-jährige Kinder nicht mehr als 30 Tage im Jahr arbeiten dürfen. Wenn der sogenannte „Content“, also Videos und Bilder, schon in einem wöchentlichen Rhythmus aktualisiert werden, kommen die „Influencer“ schnell auf viel mehr Arbeitstage. Das scheint die Eltern aber nicht zu interessieren; bei der Arbeit von „Influencern“ gibt es niemanden, der kontrolliert, wie und wann die Kinder arbeiten. Also

wird fleißig das Leben des Kindes gefilmt. Es werden Werbedeals für die Kinder abgeschlossen und unter 18-jährige werben für alle möglichen Produkte. Es gibt auf YouTube auch Erklärungsvideos „Wie man am besten Geld aus seinen Kindern schlagen kann“ (siehe auf Youtube: *Filming With ME! – „How to make money on Youtube with kids channels 2021“*). Hier wird zum Beispiel vorgeschlagen, dass man das Video seines Kindes als „not made for kids“ deklarieren soll, also als Video für Erwachsene, damit man fünf mal mehr Geld damit machen kann. Denn so bekommen die Videos mehr Zuschauer und die Kinder-„Influencer“ bekommen mehr Werbeverträge. Solche Werbeverträge bringen der Familie Geld ein, oder Firmen senden der Familie kostenlos Produkte zu, oder Ladenketten lassen sie umsonst einkaufen. Am Ende müssen die Kinder natürlich für das Produkt bewerben, indem sie es tragen, oder sich in einem Video damit filmen (lassen).

Und da die Eltern meist im Impressum mit ihrem Namen und der Adresse auftauchen, kann ein Internettutzer schnell viel mehr über das fotografierte Kind erfahren. Eltern verkaufen ihre Kinder! Oder Kinder filmen sich selbst (aus „Spaß“) und werden nicht von den Eltern gestoppt, bzw. kontrolliert. Es gibt Kanäle, die eigenständig von unter 13-jährigen Kindern geführt werden, Kontrollen auf den Plattformen gibt es nicht,

da beim Erstellen des Accounts die Nutzungsbedingung „Ich bin älter als 13“ akzeptiert wurde. Die „Kinderinfluencer“-Kanäle, die wahrscheinlich kein Geld abschlagen und nur eine sehr geringe Anzahl von Abonnenten haben – genau wie alle anderen – sind nichtsdestotrotz eine Darstellung der Privatsphäre eines Kindes. Auf YouTube sind Kommentare bei Kindervideos übrigens verboten. 2019 wurde ein Pädophilieskandal aufgedeckt. Journalisten fanden heraus, dass pädophile Nutzer sich abgesprochen haben und Kinder systematisch zu bestimmten Handlungen, wie leicht bekleidetes Tanzen, gedrängt haben, und, dass die Videos kurze Zeit später in Playlisten dieser kranken Schweine gelandet sind, und dann tausende weitere Klicks bekommen haben. Zudem existieren Videoplaylisten bei YouTube, die generell Videos von leicht bekleideten Kindern sammeln. Die Anzahl der Abonnenten dieser Listen deutet hier auch immer auf ganze Netze von Pädophilen hin. Im Klartext heißt das: Jedes Bild von deinem Kind im Internet kann auch immer von einer verabscheuungswürdigen fremden Person zur sexuellen Befriedigung genutzt werden! Die Kontrolle, wer was mit den Bildern macht, wird beim Upload direkt aus den Händen gegeben. Nicht nur die Kinder-„Influencer“ selbst werden im Internet zur Schau gestellt, auch erwachsene „Influencer“ stellen ihre eigenen Kinder oft auf ihre Kanäle, um mehr Klicks und am Ende mehr Werbeverträge, also mehr Geld zu generieren.

Welches Argument spricht dafür, dass ein Kind einen Kanal hat, der für alle Welt öffentlich zeigt, wie es vor der Kamera posiert? Keins! Das ist der Auswuchs eines individualistischen Systems, das am Ende dazu führen soll, dass konsumiert wird: Gekauft, bezahlt, abonniert! Den Körper des Kindes für Werbedeals und Klicks zu fotografieren und diese Bilder jedem zur Verfügung zu stellen, ist ein krankes Symptom des Imperialismus. Es ist ein Anzeichen dafür, dass die Klassengesellschaft unmenschlich und pervers ist. Und diese ganzen Plattformen unterstützen es, durch die Allgemeinen Geschäftsbedingungen. So ziehen sich die Plattformbetreiber einfach aus der Affäre, Verantwortung für das hochgeladene Material, dessen Nutzung und Verbreitung zu übernehmen. Sie profitieren davon, wenn diese Kinder zu Publikumslieblingen werden. Lediglich auf TikTok tauchen einige Kanäle sehr junger Nutzerinnen nicht mehr auf, wurden also höchstwahrscheinlich vom Betreiber gesperrt. Nichtsdestotrotz ist gerade dieses eine Plattform, die zur profitorientierten Überwachung, Analyse und Identifizierung ihrer Nutzer dient (siehe Rote Post Nr. 33). Die meisten

Kinder-„Influencerinnen“ bedienen die patriarchale Körperkultur, sie sind also knapp bekleidet und stellen teilweise Posen aus pornografischen Kontexten dar. Es gibt auch Kinder-„Influencer“, die Dinge testen oder vorstellen, aber überwiegend inszenieren „Influencer“ ihren Körper, wie sie es bei den Großen gelernt haben. Die meisten „Likes“ haben die Bilder der Kinder, auf denen sie am meisten Haut zeigen. Statistiken, die von einem amerikanischen Youtuber eingesehen worden sind, geben wieder, dass auf den von ihm analysierten populären „Kinderinfluencer“-Kanälen in den USA auf YouTube der Großteil der Zuschauer ältere Männer sind, die kleinste Zielgruppe sind andere Jugendliche. Der gleiche Youtuber erwähnt auch, dass es auch bei Kindern nicht unüblich ist, dass es zu Problemen mit Stalkern kommt. Man kann es nicht ignorieren: Wir leben in einer kranken imperialistischen ausbeuterischen Gesellschaft. So lange dies noch der Fall ist, ist es unter keinen Umständen sicher, Fotos seiner Kinder online zu stellen. Das Internet ist ein Produkt von und in den Händen unserer Unterdrücker. Kinder – also Menschen, die, je nach Alter, die Tragweite ihrer Bilder im Internet nur begrenzt einschätzen können – werden als Werbeflächen genutzt. Es ist Realität, dass Kinderbilder und -videos von pädophilen Personen zur sexuellen Befriedigung genutzt werden. Kinder werden durch patriarchale Körperbilder unter Druck gesetzt. Wer möchte wirklich, dass Kinder dieser menschenfeindlichen Maschinerie ausgesetzt werden? Niemand, der bei klarem Versand ist. Natürlich sollte man zuallererst allen Kanälen „entfolgen“ bzw. deabonnieren, die Kinder darstellen, wenn nicht sogar auf die Nutzung von Social Media verzichten. Die Kanäle müssen unter Druck gesetzt werden, Videos mit Kindern zu löschen, oder es muss eine kontrollierte Pflicht eingeführt werden, die Kinder zu verpixeln, solange nur ein Pädophiler ungestraft im Internet unterwegs sein kann. Wenn wir ehrlich sind, reicht das alles nicht: Um diesem widerlichen Sumpf von „Likes“ und dem suggerierten Lifestyle-Druck und der kranken Reproduktion patriarchaler und menschenfeindlicher Bilder endgültig ein Ende zu bereiten, muss das System, in dem wir leben, zerschlagen werden. Niemand sollte es nötig haben oder wollen, auf diese Art und Weise Geld mit dem eigenen Kind zu verdienen. In einer freien Welt wollen wir leben, in einer Welt ohne Imperialismus, in einer geschützten Welt, in der wir Genossen und Genossinnen sein können, die nicht zulassen, dass Menschen und vor allem Kinder zu Objekten jeglicher Art werden. In einer Welt, in der kein Mensch selbst ein Kind oder andere Menschen entwürdigt. Diese Welt bringt uns nur der Kommunismus! •

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM OKTOBER

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

FREIBURG

Café Popular
Linkes Zentrum jadelante!
1. und 3. Sonntag im Monat
ab 13 Uhr

LOKALE KONTAKTE

BADEN-WÜRTTEMBERG

Freiburger revolutionäre Studiengruppe |
fr-rev-studiengruppe@tutanota.com

BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |
inter_kollektiv@gmx.de

BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | rjk.bremen@gmx.de
Rotes Kollektiv Bremen | rotes-kollektiv-bremen@riseup.net

HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | rotes_kollektiv@gmx.de

NRW

Rebellion Ruhr | rebellionruhr@web.de

DAS TITELBILD

Demonstration und Gedenkveranstaltung nach der Ermordung des Vorsitzenden Gonzalo in Dhaka, Bangladesh.

ROTE POST

